Pauenschlag am Donnerstag No. 28/2009 vom 9. Juli 2009

Rentenpolitische Paradoxien

Solange sich das spezifische Fachwissen des Großteils der deutschen Berufspolitiker in Rentensachen darauf beschränkt, zu den Renten eine von zwei Meinungen zu haben, nämlich entweder die, dass dem Rentnervolk immer und unter allen Umständen voller Überzeugung gesagt werden müsse, die Rente sei sicher, oder die, dass den Jüngeren gesagt werden müsse, sie würden durch die unersättlichen Rentner und deren Anspruchsdenken förmlich ausgeplündert, solange ist kein Politiker wirklich gezwungen, sich Gedanken darüber zu machen, ob der Lebensunterhalt der Alten auch fürderhin als eine Art auf Widerruf gewährtes Gnadensbrot aus den Händen der Anführer der jeweiligen Mehrheitsparteien anzusehen sein darf, oder ob es sich bei der Rente nicht doch um einen wohlbegründeten Anspruch der Menschen handelt.

Solange sich das spezifische Fachwissen des Großteils der deutschen Berufspolitiker in Gelddingen zudem darauf beschränkt, zur Rentenfinanzierung eine von zwei Meinungen verinnerlicht zu haben, nämlich entweder die, dass die Renten sinken müssen, wenn immer mehr und immer ältere Alte von immer weniger Jungen zu finanzieren sind, oder die, dass die staatliche Rentenversicherung sowieso in die Brüche gehen wird, weshalb alle Bürger nach Kräften für ihr eigenes Alter mit eigener Sparleistung vorzusorgen haben, solange ist kein Politiker wirklich gezwungen, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, wie eine echte "Generationengerechtigkeit" in der Rentenfinanzierung hergestellt werden könnte.

Das unsägliche Theater, das uns seit ein paar Tagen von Regierungsmitgliedern um das von dieser Regierung verabschiedete (!) Rentensicherungsgesetz vorgeführt wird, zeigt doch nur zu deutlich, worum es den Sozial- und Finanzpolitikern geht, wenn sie sich über die Renten auslassen. Es geht ihnen nicht um die Rentner. Es geht ihnen auch nicht um die sog. "Jungen". Es geht ihnen ausschließlich darum, in den von den Demoskopen ausgemachten Wechselwählerbiotopen erst die Köder und dann die Netze auszuwerfen.

Da wird den für völlig verblödet gehaltenen Rentnern eine "ewige Rentengarantie" aufs Brot geschmiert, um sie ruhigzustellen, und gleich darauf wird den sog. "Jungen" erklärt, diese Rentengarantie sei selbstverständlich falsch, und sie werde auch nicht lange halten, weil man eben diesen Jungen kurz vorher noch vom gleichen Pult aus zugerufen hat, es seien ihre eigenen Alten, die gierig über ihr sauer Verdientes herfallen, und dass man als Politiker natürlich immer auf der Seite der Jungen steht, wenn's ums Geld geht.

Das alles ist nicht nur ein an mehr oder minder langen Haaren herbeigezogener Blödsinn, es ist zudem eine Unverschämtheit allerersten Ranges.

Wer vernünftig über Renten reden will, muss zunächst einige ganz einfache Fakten zur Kenntnis nehmen und versuchen diese Fakten bei allen Argumenten und Ideen, die er vorträgt, zu berücksichtigen. Das verlangt allerdings, neben dem Willen zur geistigen Anstrengung und den dafür erforderlichen Fähigkeiten, auch ein gerüttelt Maß an intellektueller Redlichkeit - und darin scheint das eigentliche Problem zu liegen.

Die Fakten:

1. Fast alle werden alt

Die Sterbetafeln der Versicherungsmathematiker belegen, dass die meisten Menschen hierzulande nach Kindheit und Jugend, nach Schule und Ausbildung, nach Beruf und Karriere zu Ruheständlern werden, bevor ihr Leben endet.

2. Fast alle verlieren im Alter das gewohnte Erwerbseinkommen

Die aus den Gewinnansprüchen hergeleiteten Leistungsanforderungen der Wirtschaft bewirken, dass sich eine natürliche Altersgrenze herausbildet, die, in Abhängigkeit von den Anforderungen des jeweiligen Berufes schwankend, heute bei einem Lebensalter von etwa 55 bis 63 Jahren das Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben bewirkt.

3. Löhne und Renten müssen sinken, wenn Reiche reicher werden sollen

Das Wohlergehen der Gesamtbevölkerung hängt weit weniger davon ab, wie sich Berufstätige und Nichtberufstätige die Lohnsumme teilen, sondern davon, welcher Anteil am Sozialprodukt für die Löhne, Gehälter und die umlagefinanzierten Sozialsysteme der abhängig Beschäftigten aufgewandt wird.

4. Geld kann man nicht essen

Alle Formen von "Sparguthaben" bzw. "Geldvermögen" gleichgültig in welcher Anlageform, begründen lediglich einen Anspruch auf Geld, nicht aber einen Anspruch auf Güter und Dienstleistungen (= Geld kann man nicht essen).

5. Taler, Taler, du musst wandern

Einkommen, die zeitnah in den Konsum oder in Sachinvestitionen fließen, beleben die Wirtschaft und mehren den Wohlstand. Einkommen, die in Sparstrümpfen und Finanzanlagen verschwinden, dämpfen die Wirtschaft und mindern den Wohlstand.

Die Folgerungen:

1. Die Grundform einer Balance

Wenn man erkennt, dass das Menschenleben in aller Regel in drei Phasen gegliedert ist, nämlich in eine Vorbereitungsphase, eine Leistungsphase und eine Ruhephase, dann wird klar, dass jeder Einzelne in seiner Leistungsphase neben dem, was er in dieser Zeit für seine eigenen Bedürfnisse benötigt, zumindest auch das (stellvertretend für sich selbst in Jugend und Alter) mit hervorbringen muss, was wenigstens ein anderer während seiner Vorbereitungsphase und wenigstens noch ein anderer während seiner Ruhephase für den Lebensunterhalt benötigen.

Bei konstanter Bevölkerungszahl wäre es also vollkommen normal, dass ein Berufstätiger während seines Arbeitslebens ein Kind, von dessen Geburt bis zum Eintritt in das Berufsleben, und einen Rentner, von dessen Ausscheiden aus der Berufstätigkeit bis zu seinem Tod alimentiert.

Geht man davon aus, dass die Leistungsphase zwischen dem 18. und dem 26. Lebensjahr beginnt und zwischen dem 55. und dem 63. Lebensjahr endet, durchschnittlich also 37 Jahre dauert, so wären damit - bei vollkommen gleicher Aufteilung des erwirtschafteten Ertrags auf Kinder, Erwerbstätige und Rentner - die (durchschnittlich) 22 Jahre Kindheit, Jugend und Ausbildung, sowie weitere 15 Jahre Alter finanziert. Rentner dürften also im Mittel 74 Jahre alt werden - und das System könnte funktionieren.

Geht man korrigierend davon aus, dass der notwendige Bedarf von Kindern, Jugendlichen und Rentnern um ein Drittel unter dem Bedarf des Erwerbstätigen angesetzt werden sollte, könnten neben den 22 Jahren Kindheit und Jugend durchaus bis zu 33 Jahre Alter finanziert werden, womit selbst noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von 92 Jahren rentenmäßig finanzierbar wäre.

Von dieser Balance sind wir jedoch, wenn man den Aussagen der Experten und den von der Politik selektiv wiedergekäuten Expertenaussagen Glauben schenkt, weit entfernt. Zudem scheint die Realität - in der es Rentnerarmut in noch größerem Maße gibt, als die von der Politik so vielbemühte aber nicht ernsthaft bekämpfte Kinderarmut - die Aussagen der Experten zu bestätigen: Die Leistung derjenigen unter den Erwerbsfähigen, denen gestattet wird, tatsächlich erwerbstätig zu sein, reicht offensichtlich kaum aus, um neben dem dringendsten eigenen Bedarf auch nur das schiere Überleben der Rentner zu gewährleisten. Selbst die produktivste Volkswirtschaft der Welt schafft es also nicht, dass ihre in der Leistungsphase befindlichen Bürger die Kinder, Jugendlichen und Rentner einigermaßen befriedigend mitversorgen können. Kinder- und Rentnerarmut sind offenbar systemimmanente Erscheinungen einer Gesellschaft, in welcher es inzwischen in schönster Systemrelevanz heißt:

"Du sollst Banken und Banker ehren,
auf dass es dir wohlergehe
und du lange lebest auf Erden"

Dies ist das erste Rentenparadoxon.

2. Die untauglichen Reparaturversuche

Rentenpolitik ist seit geraumer Zeit nur noch der Versuch, den Mangel so zu verteilen, dass die Wiederwahl gesichert bleibt. Man hofft, dass niemand erkennen wird, dass das zu kurze Seil nicht länger wird, wenn man vorne ein Stück abschneidet, um es am zu kurzen Ende wieder anzuknüpfen.

Genau das aber geschieht. Seit Jahrzehnten sind die Rentenpolitiker zu nichts anderem fähig, als die Renten zu kürzen. Dass dabei immer wieder neue, immer wieder andere Tricks eingesetzt werden, um genau das zu Bemänteln, ändert daran nichts.

Natürlich hat man das Seil noch nie an der zu kurzen Seite abgeschnitten. Es hat noch nie eine echte Kürzung einer einmal festgesetzten Rente gegeben, aber mit jeder Nullrunde - und mit jeder Rentenerhöhung, die hinter der Inflationsrate zurückblieb, hat man am Lebensstandard der Rentner geknabbert.

Steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, die forcierte Besteuerung der Renten und die Anhebung des Renteneintrittsalters wirken sich unmittelbar auf das verfügbare Netto-Einkommen der Rentner aus. Dass zudem die Anfangsrenten seit geraumer Zeit - gemessen am vorherigen Netto-Einkommen in der Berufstätigkeit - sinken, wird von der breiten Öffentlichkeit ebenfalls nicht als Rentenkürzung wahrgenommen.

Auch die Verschiebung des Renteneintrittsalters ist eine Rentenkürzung, da den Rentenkassen bei der Anhebung von 65 auf 67 Jahre schlicht zwei Jahre Rentenzahlung erlassen und stattdessen zwei zusätzliche Jahresbeitragseinnahmen zugewendet werden - oder, falls der Betroffene doch schon früher in Rente geht, deutlich verminderte Rentenzahlungen aufgebürdet werden (da fallen 36% weg, bei Rente mit 57!).

Nicht zuletzt stellen auch alle Sparmaßnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung eine ganz massiv gegen die Rentner gerichtete Politik dar, denn eines gilt für alle Menschen: Mit zunehmendem Alter steigt das Krankheitsrisiko ganz erheblich. Wo der "Junge" über viele Jahre weder Praxisgebühr noch Zuzahlungen zu Medikamenten aufbringen muss, sitzt der Rentner nicht selten schon auf Kosten von jährlich 500 bis 1.000 Euro um diejenigen notwendigen medizinischen Leistungen zu bezahlen, die ihm die per Gesetz immer weiter entsolidarisierte ehemalige Solidargemeinschaft als sogenannte "Eigenverantwortung" aus der ohnehin schon knappen Rente abverlangt.

Davon, dass man die Renten kürzt und den Lebensstandard der Alten senkt, geht es aber noch niemandem besser. Im Gegenteil. Solange die gekürzten Beträge nicht wieder im gleichen Umfang als Nachfrage in der Realwirtschaft ankommen, also primär den Beschäftigten in der Leistungsphase zufließen, solange wirkt sich jede Rentenkürzung als Nachfragerückgang negativ auf das Bruttosozialprodukt aus. Das wurde in der Vergangenheit zwar durch Exportausweitung überkompensiert, aber die Lebensbedingungen der Menschen hängen nun einmal nicht von der Höhe des Bruttosozialprodukts ab, sondern nur von dem Anteil, den man ihnen davon zubilligt. Dieser Anteil wird aber durch Rentenkürzungen - in welcher Form auch immer sie stattfinden - nicht erhöht, sondern vermindert.

Alle bisherigen Versuche, das Rentensystem zu reparieren, sind gescheitert - es sei denn, man betrachtet Kürzungen und Wohlstandsminderungen als Erfolg.

Dass das Bruttosozialprodukt - bis in diese Tage - Jahr für Jahr gewachsen ist, während die Experten gleichzeitig das Schreckensszenario einer schrumpfenden Bevölkerung an die Wand malen, ist Fakt. Dass also eigentlich rein rechnerisch auf jeden Einzelnen ein (um mehr als die Steigerung des Sozialprodukts) größeres Stück vom Kuchen entfallen müsste, ist bei Kenntnis der Grundrechenarten nachzuvollziehen.

Dass die Renten dennoch immer weiter gekürzt werden, ist das zweite Rentenparadoxon.

3. Der von Raffgier getriebene Systemwechsel

Von der umlagefinanzierten Rente umsteigen auf die kapitalgedeckte Rente, das ist ein Wahnsinn - mit Methode.

Dabei ist der Trick so leicht zu durchschauen.

Umlagefinanzierte Rente heißt, aus dem heute erwirtschafteten Einkommen der Menschen in der Leistungsphase fließt ein Teil direkt und ohne Zeitverzug in die Taschen der Rentner und von da aus in die Kassen des Einzelhandels (und weiter in die Industrie, usw.)

Kapitalgedeckte Rente heißt, aus dem heute erwirtschafteten Einkommen der Menschen in der Leistungsphase fließt ein Teil direkt in die Kassen der Finanzwirtschaft und bleibt dort im Mittel 40 Jahre (von der ersten Einzahlung bis zur ersten Auszahlung und von der letzten Einzahlung bis zur letzten Auszahlung).

Die Höhe der Auszahlung der umlagefinanzierten Rente bemisst sich an der zum Zeitpunkt der Auszahlung vorhandenen Wirtschaftskraft, die Höhe der Auszahlung der kapitalgedeckten Rente ist davon unabhängig und orientiert sich lediglich an den den Einzahlungen und den über die Laufzeit gewährten Zinsen.

Von der ersten Einzahlung in den Kapitalstock bis zur ersten Auszahlung steht das Einkommen der Realwirtschaft nicht zur Verfügung.

Die dadurch fehlende Geldmenge muss durch zusätzliche Kreditaufnahme wieder hergestellt werden. Dafür entstehen zusätzliche Zinslasten. Aber nur ein Teil der Zinslasten, der durch das Ansparen für die kapitalgedeckte Rente von der Bevölkerung für die Zinsen der zusätzlichen Kredite aufgebracht werden muss, wird dem Vermögen der Rentner gutgeschrieben.

Der Rest ist futsch.

Falsch:

Der Rest ist keineswegs futsch. Der Rest ist das, worum es bei der kapitalgedeckten Rente ausschließlich geht.

Der große Rest ist der Gewinn, den sich die Aktionäre der Versicherungsgesellschaften von der Riester-Rente versprechen.

Noch einmal in Kürze:

Durch die kapitalgedeckte Rente soll ein Zinsgewinn für die Finanzwirtschaft generiert werden. Diesen Gewinn sichert die Bevölkerung durch ihren erhöhten Kreditbedarf.

Dass angeblich kluge Köpfe, die angeblich dem Wohl des Volkes dienen wollen, eine solche Idee mit Macht verfolgen und als sog. "Riesterrente" schon zum Gesetz gemacht haben, ist das dritte Rentenparadoxon.

4. Der Zahn der Zeit nagt unbarmherzig

Nehmen wir an, die wüstesten Prognosen der Demagogen würden noch übertroffen, nehmen wir an, im Jahr 2050 gäbe es nur noch 50 Millionen Deutsche, davon 5 Millionen Kinder und Jugendliche, 15 Millionen Erwerbsfähige und 30 Millionen Rentner. Nehmen wir ferner an, es gäbe bis zum Jahre 2050 nicht den geringsten Produktivitätszuwachs, die Wirtschaftsleistung der 15 Millionen Erwerbsfähigen wäre also die einzige Basis, um eine Bevölkerung von 50 Millionen Menschen zu versorgen, und nehmen wir getrost auch an, dass in einem solchen Szenario alle 15 Millionen Erwerbsfähigen als Vollzeitbeschäftigte im Berufsleben stehen und folglich ungefähr die Hälfte dessen erzeugen, was heute über 40 Millionen Erwerbsfähige, von denen aber nur gut die Hälfte tatsächlich eine Vollzeitbeschäftigung ausübt, produzieren.

Welche Wirkung entfaltet in diesem Szenario die angeblich dafür konzipierte kapitalgedeckte Rente?

Leben die 15 Millionen Erwerbsfähigen mit ihren 5 Millionen Kindern in paradiesischen Verhältnissen, weil sie die gesamte Leistung der Volkswirtschaft alleine verkonsumieren können, weil die Alten ja vorher für ihren eigenen Bedarf gespart haben?

Dass es so sein könnte, wird uns von den sog. Experten und den ihnen hörigen Politikern immer wieder suggeriert. Aber es wird anders kommen. Geld wird man nämlich auch 2050 nicht essen können.

Daher werden auch die Alten mit dem Geld, das die Riester-Rente ausspuckt, auf den Markt gehen um sich einen Teil dessen zu kaufen, was die Erwerbsfähigen hervorgebracht haben. Leider funktioniert das aber nicht reibungslos, weil zwar alle 50 Millionen Menschen genug Geld haben, aber die Güter (trotz allen Geldes) nur für 40 Millionen reichen. Gespartes Geld erhöht die Gütermenge doch nicht!

Es herrscht also Geldüberschuss, in der Folge steigen die Preise - und alle miteinander (die Jungen und die Alten) müssen den Gürtel enger schnallen.

Man kann die Kartoffeln, die sich 2009 nicht verkaufen lassen, weil das Geld, statt es für Kartoffeln auszugeben, für die kapitalgedeckte Rente gespart wird, nicht bis 2050 einlagern, um sie dann mit dem Spargeld von 2009 zu kaufen. Man wird sich 2050 die Kartoffeln teilen müssen, die 2050 wachsen. Auch Autos, Kühlschränke und Präservative sind nach 40 Jahren Lagerung kaum noch zu gebrauchen. Es wäre ein Blödsinn, Waren einzulagern und sie 40 Jahre lang aufzubewahren, damit sie zur Verfügung stehen, wenn die Rentenversicherungen fällig werden.

Folglich wird zu jedem beliebigen Zeitpunkt der dann verfügbaren Geldmenge immer nur die Warenmenge gegenüberstehen, die für diesen Zeitpunkt produziert wurde. Steht mehr Geld zur Verfügung, entsteht Inflation. Die Kaufkraft des Geldes schwindet mit dem Schwinden des Angebots.

Ich höre schon wieder den bekannten Einspruch:

Die Rentner würden ihr Ersparnis dann einsetzen, um die benötigten Güter zu importieren. Das ist Quatsch.

Die Rentner müssten nämlich erst jemanden finden, der ihr Geld nimmt. Zu kaufen gibt es für dieses Geld nämlich nichts. Die Produktion der 15 Millionen Beschäftigten wird voll im Inland verkonsumiert. Was die Rentner darüberhinaus in der Hand halten, ist Papier, von dem sich auch ein ausländischer Exporteur nichts kaufen kann.

Man wird ihnen das Papier vielleicht trotzdem abnehmen, ihnen Kartoffeln aus Guatemala dafür liefern, aber anschließend wird jemand mit diesem Papier wiederkommen, um die Häuser und Grundstücke aufzukaufen. Das geht so lange gut, wie es noch nennenswerte Sachwerte zu verkaufen gibt.

Dann ist endgültig Schluss.

Dass angeblich kluge Köpfe, die angeblich dem Wohl des Volkes dienen wollen, nicht erkennen, dass die kapitalgedeckte Rente garantiert zu Wohlstandsminderung in der Ansparphase und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Inflation in der Auszahlungsphase führen wird, und stattdessen postuliert wird, dass das sog. "demografische Problem" erfordere den Umstieg auf die kapitalgedeckte Rente, ist das vierte Rentenparadoxon.

5. Was fehlt, ist Geld

Geld ist billig herzustellen.

Nehmen wir an, unser Staat gäbe bei Giesecke & Devrient klammheimlich den Druck von 1 Milliarde 100 Euro-Scheinen in Auftrag (das kostet vermutlich incl. Schweigegeld ungefähr 50 Millionen Euro) und verteilt diese 100 Milliarden in monatlichen Raten von 100 Euro über mehr als vier Jahre an die 20 Millionen Rentner...

(Man muss nicht wirklich drucken, aber "*Drucken*" macht so schön anschaulich...)

Die Folge:

Monatlich zwei, jährlich 24 Milliarden Euro fließen als Nachfrage in den Binnenmarkt. Das entspricht, selbst wenn das Geld nur einmal ausgegeben würde, schon im ersten Jahr einer Kaufkraft in Höhe von knapp 1 % des Bruttosozialprodukts.

Weil es sich dabei aber nicht um Kreditgeld handelt, sondern um ein von Zins- und Tilgungsforderungen vollkommen unbelastetes Zahlungsmittel, bleiben diese 100 Milliarden, wenn sie denn erst vollständig ausgegeben sind, für geraume Zeit im Umlauf und substituieren letztlich irgendwann Kredite in Höhe von 100 Milliarden Euro.

Gehen wir realistisch davon aus, dass das zusätzliche Zahlungsmittel jährlich viermal umgeschlagen wird - und dass bei jeder Transaktion Gewinne in Höhe von durchschnittlich fünf Prozent aus dem Kreislauf der Realwirtschaft in die Sphäre der Finanzwirtschaft abwandern, ergibt sich - rein aus dem Binnenmarkt - ein allmählich wirksam werdender Wachstumsimpuls in der Gesamtgröße von überschläglich 1 Billion Euro, verteilt auf vier Jahre. Dieser Wachstumsimpuls würde ausreichen, um Vollbeschäftigung herzustellen, die Sozialsysteme vollständig zu sanieren und die Staatsfinanzen ins Lot zu bringen. Weil dem Wachstum der Nachfrage - bei 3,5 Millionen ausgewiesenen Arbeitslosen - ein Wachstum der Produktion leicht gegenübergestellt werden könnte, wird bei diesem Prozess auch keine Inflation entstehen, sondern eine Zunahme des allgemeinen Wohlstands, weil sich die Bevölkerung, alleine durch die Bereitstellung des Zahlungsmittels, die Leistungsfähigkeit der jetzt Arbeitslosen erschließen könnte, statt sie mit immer kleineren Fetzen vom Hungertuch abspesen zu müssen.

100 Milliarden Euro zu drucken, kostet ungefähr 50 Millionen Euro. Damit könnte die Krise überwunden, es könnte Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle hergestellt werden.*)

Die Hypo Real Estate zu retten, wird über 100 Milliarden Euro kosten.

Damit ist die Krise nicht überwunden und Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle sind auf Jahrzehnte nicht möglich, weil die Zins- und Tilgungslasten für die Rettung dieser und weiterer Banken dazu führen, dass der Anteil am Bruttosozialprodukt, der den abhängig Beschäftigten zufließt, weiter geschmälert wird.

Dass man die Bankenrettung handstreichartig beschließt, die Beseitigung der Mängel und Fehler im Geldsystem aber nicht einmal in Erwägung zieht, ist kein Paradoxon. Es ist die unverhohlene Zurschaustellung des bereits erreichten Realisierungsgrades der Parole: Geld regiert die Welt.

In Deutschland finden am 27. September Wahlen statt. Gewählt werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten bestimmt dann die Regierung. Achten Sie also darauf, wen Sie wählen. Sonst bleibt das so.

*) Alles über das Geld erfahren Sie in „Wolf's wahnwitzige Wirtschaftslehre Band III“ ISBN 978-3-938175-33-0